

Resolution: Teuerung in der Schweiz

Verabschiedet an der 179. DV, 5. & 6. November 2022

1. Ausgangslage

Die aktuellen Wirtschaftsprognosen sind für die Studierenden besorgniserregend. Fakt ist, dass es zahlreiche Faktoren gibt, die sich kumulieren und einen Teil der Studierenden in unserem Land in prekäre finanzielle Situationen drängen. Manche schätzten das Ende der Pandemie als Befreiung und Rückkehr zur Normalität ein, doch die Realität zeigt uns, dass wir uns nun mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auseinandersetzen müssen. Hinzu kommen unter anderem: eine angespannte geopolitische Lage in Europa, die sich im Krieg in der Ukraine manifestiert, Energieknappheit und ein beispielloser Anstieg der Krankenkassenprämien (durchschnittlich 6,6%) in der Schweiz.

Diese wirtschaftlichen Auswirkungen manifestieren sich in einer hohen Inflation. Obwohl die Schweiz gegen dieses Phänomen besser geschützt zu sein scheint als ihre europäischen Nachbarn, sind die Prognosen alarmierend (Inflationsrate: 3-4 %). Dies wirkt sich auf verschiedene Bereiche des täglichen Lebens aus. Die Teuerung betrifft vor allem Lebensmittel, Energiepreise, Mieten und laufende Haushaltsausgaben. Nehmen wir einige Beispiele: Die Haushaltskosten (Heizung, Strom, Wasser, Gas, ...) könnten einen Anstieg von fast 50 % erreichen, der Preis für eine Packung Nudeln ist um 14 % gestiegen, die verschiedenen Menüs, die in den Cafeterias einiger unserer Hochschulen angeboten werden, sind ebenfalls in die Höhe geschneit.

Studierende sind besonders gefährdet! Der grösste Teil ihres Budgets entfällt auf die Kosten für Lebensmittel, Transport und Unterkunft. Das sind alles Bereiche, in denen sich die Inflation stark bemerkbar macht.

Dieses schmerzhaftes Wirtschaftsphänomen macht erneut deutlich, wie gefährdet viele der Studierenden sind. Der VSS möchte hervorheben, dass die Inflation die studentische Notlage nicht schafft, sondern nur verschärft! Die aktuelle Inflation, die in einem bereits angespannten wirtschaftlichen Umfeld stattfindet, zeigt die besondere Dringlichkeit dieser Massnahmen.

Aufgrund der starken sozialen Durchmischung an den Schweizer Hochschulen ist es nicht einfach die materielle Situation von Studierenden zu erfassen. Fakt ist, dass die Lebensbedingungen der Studierenden in den meisten Fällen akzeptabel sind. Dies darf jedoch keinesfalls die Tatsache relativieren, dass sich viele von ihnen in prekären Situationen befinden. Die Realität sieht folgendermassen aus: Einige unserer Kolleg*innen sind nicht in der Lage, ihren gesamten Lebensunterhalt zu bestreiten. In einer instabilen finanziellen Situation sind sie ständig davon bedroht, dass sich ihr Status und ihre Lebensbedingungen verschlechtern. Diese Position ist mit einer hohen psychischen Belastung verbunden. Die psychische und physische Gesundheit der Studierenden ist daher ebenfalls gefährdet!

Wir dürfen nie aus den Augen verlieren, dass unser Studium eine Übergangszeit ist, ein Übergang in die Berufswelt. Diese Zeit ist oft auch gleichbedeutend mit einem Bruch mit der Familienwelt, die für den Aufbau eines jeden Einzelnen notwendig ist. Das Studium formt uns sowohl menschlich als auch akademisch. Diese Zeit darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Sie ist für einen Grossteil unserer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung und verlangt besondere Sorgfalt. Das Studium muss für alle zugänglich sein und darf niemanden diskriminieren. Daher ist es von zentraler Bedeutung, dass den Menschen, die durch die aktuellen Krisen am meisten gefährdet sind, besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

In diesem Zusammenhang fordert der Verband der Schweizer Studierendenschaften:

- 1 Die Anpassung der Stipendienbeträge an die Inflation UND eine Erweiterung des Kreises der potenziellen Empfänger*innen!
- 2 Die Schaffung bzw. Ausweitung von Solidaritätsfonds!
- 3 Die Vergabe von Mobilitätsgutscheinen für Studierende!
- 4 Keine Auswirkungen der Inflation auf die Kosten für Wohnen!
- 5 Generell: Systemische Fragen nicht vernachlässigen!

2. Forderungen des VSS

2a Stipendien

Im Positionspapier Studienfinanzierung und Schweizer Stipendienwesen (2021) nimmt der VSS unter Anderem Stellung zu der Stipendienlage im Hochschulraum Schweiz. In der aktuellen Situation, in Zeiten der Inflation und den noch immer Anhaltenden Folgen der Coronapandemie ist es zunehmend wichtig, das System hinter der Stipendienvergabe zu überdenken. Alle Studierenden sollen ihr Studium fortsetzen können ohne, dass sie von ihrer finanziellen Lage gehindert werden. Es sind solche Krisensituationen, welche die Chancengleichheit bezüglich des Rechts auf Bildung gefährden und damit den Studienzugang für eine Vielzahl von Anwerbenden erschwert oder sogar verhindert. Der Alltag Studierender, welche neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen, um Wohnsituation und Lebensmittel zu finanzieren, wird nun von existentiellen Ängsten bestimmt. Die Teuerung als Folge der Inflation kurz nach der Coronapandemie, in welcher viele Studierende von Entlassungen und Jobmangel stark betroffen waren und somit die finanzielle Absicherung vieler Studierender nicht garantiert war, erhöht nun weiter den Druck auf deren finanzielle Lage.

Die Erwerbstätigkeit neben dem Studium kann zu Überschneidungen mit Vorlesungszeiten führen. Studierende haben weniger Zeit, um sich den geforderten Stoff anzueignen, was zu ungenügenden Prüfungsergebnissen führen kann. Dies wiederum kann zu einer Verlängerung der regulären Studienzzeit führen, was für den Staat erhöhte Ausgaben zur Folge hat. Der finanzielle Druck, welcher die Studierenden verspüren, kann langfristige Spuren in der mentalen Gesundheit der Studierenden und damit der Zukunft unseres Landes hinterlassen. Dies kann auch erhebliche Gesundheitskosten verursachen. Studierende Eltern erleben die Auswirkungen der Inflation verstärkt, da sie nicht nur sich selbst zu finanzieren vermögen müssen. Damit scheint das Beenden des Studiums der logische Schluss zu sein, um Geld einzusparen und den Grundbedarf zu decken.

Hinzu kommt, dass die Studierendenzahlen in den vergangenen Jahren stets zugenommen haben. Im Verhältnis zu der Entwicklung der Bildungsausgaben wie auch der Stipendienausgaben ist dieses Wachstum deutlich grösser. Die Steigerung der finanziellen Beiträge an die Studienfinanzierung in Form von Stipendien ist dringend nötig. Die Beiträge müssen mit der Entwicklung der Studierendenzahlen abgeglichen werden. Da durch die Inflation noch mehr Personen zu den Bedürftigen hinzukommen, ist dies ein grundlegender Schritt. Die Zahl Studierender in finanziellen Notsituationen wird aufgrund der aktuellen Begebenheiten steigen. Nicht alle von ihnen haben Zugang zu Stipendien, da die Zulassung vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Kantonale Stipendienfonds werden oftmals nicht ausgeschöpft. Dies in Kombination mit dem Wertverlust der Einkommenssumme sind weitere Gründe dafür, dass die Qualifikationsvorgaben für Stipendien angepasst werden müssen.

Die Vergabe der Stipendien wird auf kantonaler Ebene geregelt. Infolgedessen sind die Bedingungen dafür, wie auch die Höhe der ausbezahlten Stipendien vom Wohnkanton abhängig. Auch die Prozesse bis zur Vergabe eines Stipendiums variieren stark. Je nach Wohnkanton ist damit auch der Zugang zu Bildung unterschiedlich. Der Umgang mit der Inflation ist ebenfalls von Kanton zu Kanton unterschiedlich. So gibt es Kantone, welche die Beitragshöhe der Teuerung anpassen. Es ist essentiell für die bedürftigen Studierenden, dass dies in allen Kantonen so gehandhabt wird, um die Fortsetzung der Studien zu gewährleisten. Eine Zentralisierung der Stipendienvergabe in der Schweiz würde solche Anpassungen für Chancengleichheit in der Bildung stark erleichtern. Dies ist nur eines von vielen Argumenten, welche für eine Zentralisierung sprechen. Im Positionspapier Studienfinanzierung und Schweizer Stipendienwesen (2021) des VSS wird detaillierter darauf eingegangen.

Aufgrund der dargelegten Situation fordert der VSS den Druck von Studierenden in der Schweiz zu nehmen, in dem die finanzielle Unterstützung in Form von Stipendien der Ausprägung der Inflation angepasst wird. Dies soll sowohl bei bereits vergebenen Stipendien, wie auch bei der Berechnung des Grundbedarfs von neuen Stipendien beachtet werden. Eine Nichtanpassung käme einer faktischen Senkung der Stipendienhöhe gleich.

2b Solidaritätsfonds

Bereits während der Covid Pandemie erhöhte sich die Zahl der unterstützungsbedürftigen Studierenden innerhalb kurzer Zeit. Es mussten Hilfsfonds für Studierende in finanziellen Nöten errichtet werden. Diese wurden über einzelne Hochschulen, Kantone oder den Staat vergeben. Stipendien und Darlehen machen gemäss [einer Studie des Bundesamts für Statistik BfS \(https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/tertiaerstufe-hochschulen/soziale-wirtschaftliche-lage-studierenden.html#:~:text=Die%20Erwerbst%C3%A4tigenquote%20der%20Studierenden%20ist,dieser%20Anteil%202020%20noch%2034%25.\)](https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/tertiaerstufe-hochschulen/soziale-wirtschaftliche-lage-studierenden.html#:~:text=Die%20Erwerbst%C3%A4tigenquote%20der%20Studierenden%20ist,dieser%20Anteil%202020%20noch%2034%25.) durchschnittlich einen Anteil von 4 % des Einkommens von Studierenden aus. Nur wenigen Studierenden ist es überhaupt möglich, Stipendien zu beziehen. Da die Teuerung besonders die Bereiche Mietnebenkosten, Nahrungsmittel und der Mobilität betrifft, was die Hauptausgabequellen von Studierenden darstellt, kann die Situation für einen breiteren Anteil prekär werden.

Die Inflation ist ebenso eine Krisensituation wie die Coronapandemie. Härtefälle, welche aufgrund der aktuellen Begebenheiten ihre Grundkosten nicht mehr zu decken vermögen, sollen durch einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Unterstützungsgeldern entlastet werden. Damit fordert der VSS, dass in diesem Fall reagiert wird und die Studierenden durch Schaffung und Ausweitung der Solidaritätsfonds finanziell unterstützt werden.

2c Mobilität

Für Studierende stellen die Mobilitätskosten im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen eine unverhältnismässig hohe Belastung dar. Wir müssen unbedingt verhindern, dass diese Situation so weit eskaliert, dass sie die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr benutzen können und somit keine Möglichkeit mehr haben, zu ihren Ausbildungsstätten zu gelangen.

Leider sind die Preise für öffentliche Verkehrsmittel in den letzten Jahren für Studierende immer weiter gestiegen. Zunächst hat eine Reihe von Entscheidungen der SwissPass-Allianz wesentlich dazu beigetragen, diese Situation zu verschlechtern. Tatsächlich ersetzten die SBB 2019 das Gleis 7 durch das seven25-Abo, welches teurer ist als das alte Angebot. Dann schafften sie 2020 das GA für Studierende ab und ersetzten es durch einen Jugendtarif, der nur bis zum Alter von 25 Jahren gilt. Nach dieser Entscheidung knirschten die Parlamentarier*innen mit den Zähnen. Marco Romano, Parlamentarier der Mitte, reichte deshalb im NR eine Motion gegen diese Entscheidung ein. Der FDP-Politiker Olivier François äusserte sich am 29. Juni 2020 gegenüber RTS wie folgt: «Speziell die 25- bis 30-Jährigen zu treffen, ist meiner Meinung nach eine falsche Strategie, die für mich antisozial ist. Wenn man einen Besitzstand in Frage stellt, muss man dies im Rahmen einer Gesamtbetrachtung tun.»

Abgesehen von den Massnahmen der SwissPass-Allianz steigen die Transportkosten heute aufgrund der Energiekrise. Die Benzinpreise steigen immer weiter, und das Auto kommt als Alternative zum öffentlichen Verkehr nicht mehr in Frage.

In dieser kritischen Situation ist es wichtig, dass der Staat seiner Bevölkerung hilft. Einige unserer Nachbarländer haben bereits den Schritt gewagt, wie z.B. Deutschland, das diesen Sommer ein Abonnement für 9 Euro anbot, das im ganzen Land gültig war. Der VSS fordert eine ähnliche Lösung, indem er den Bund auffordert, Mobilitätsgutscheine anzubieten, die sowohl für das lokale öffentliche Verkehrsnetz als auch für lokale Leihfahrradsysteme verwendet werden können. Mit Mobilitätsgutscheinen (z.B. REKA Rail-Checks) kann sichergestellt werden, dass sich auch Studierende mit geringem Einkommen Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr leisten können. Dies steht auch im Einklang mit den Klimazielen des Bundes, nämlich die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle des Privatautos zu fördern. Diese Mobilitätsgutscheine müssen ausserhalb der ordentlichen Budgets der Hochschulen finanziert und von Bund und Kanton unterstützt werden. Diese Lösung wurde zum Beispiel von der Stadt Neuenburg übernommen. Sie bietet in der Praxis Rabatte von 50 % für unter 25-Jährige und Kindertarife für Erwachsene an. Dieses Beispiel zeigt, dass ein System mit Rabatten funktioniert, denn in Neuenburg haben diese bedarfsorientierten Rabatte dazu geführt, dass die Anzahl der Abonnements für den öffentlichen Verkehr innerhalb von fünf Jahren um 53 % gestiegen ist. Allerdings muss eine Lösung heute auf Bundesebene geschaffen werden. Aufgrund der engen Verflechtung der Kantone und des ÖV-Systems sind unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Kantonen nicht befriedigend. Sie würden ungleichen Voraussetzungen zwischen den Nutzer*innen schaffen.

2d Studentischer Wohnraum

Schon seit mehreren Jahren steigen die Mietpreise in der Schweiz und die aktuelle Situation treibt die Mieten noch weiter in die Höhe. Bevor wir die Gründe dafür erläutern, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass Studierende bei der Wohnungssuche besonders benachteiligt sind, wie Samuel de Vargas, Co-Präsident von ASLOCA Lausanne, erklärt. Da sich die Studierenden nicht in stabilen Verhältnissen befinden und ihre finanzielle Situation oft schwierig

ist, haben sie Mühe, bezahlbaren Wohnraum zu finden. So ist ihre Situation derzeit sehr beunruhigend.

Wie die Zeitung *Le Monde* Anfang September berichtete, ist einer der Hauptgründe für den Anstieg der Mieten die Leerstandsquote. Diese drückt die Anzahl der leerstehenden und somit auf dem Markt noch verfügbaren Mietobjekte aus. Anfang September wurde festgestellt, dass in vielen grossen Schweizer Städten negative Leerstandsquoten zu verzeichnen waren. Dies war insbesondere in den Kantonen Genf mit einer Quote von -26,1 %, Waadt mit -17 % und Zürich mit -15,5 % der Fall. In diesen Kantonen, in denen ein grosser Teil der Studierenden wohnt, fehlt es also an Mietangeboten und die Preise steigen. In einer Situation, in der das Angebot knapp ist, die Nachfrage aber anhält, besteht die Gefahr, dass die Preise stark ansteigen. Dies zwingt die Studierenden dazu, hohe Mieten zu akzeptieren, trotz der Transportkosten bei den Eltern zu wohnen oder im Extremfall ihr Studium aufzugeben.

Cédric Rychen, Leiter der Abteilung für soziale Angelegenheiten der UNIL, erzählt, dass der Beginn des Herbstsemesters 2022 besonders kompliziert war, da es sehr schwierig war, Wohnraum zu einem respektablen Preis für die Studierenden zu finden. Obwohl sich dieser Anstieg noch nicht in den Anträgen auf finanzielle Unterstützung, die sein Dienst bewilligt, widerspiegelt, befürchtet er, dass er sich in diesem Winter aufgrund der steigenden Kosten sehr stark bemerkbar machen wird.

Die steigenden Nebenkosten sind eine weitere Last, die die Mieter*innen tragen müssen. Die Inflation und die Energiekrise, die wir heute erleben, haben starke Auswirkungen auf die Energiepreise. So werden in diesem Winter die Rechnungen für Strom, Heizung und andere Kosten stark ansteigen. Das wird einige Haushalte dazu zwingen, ihren Verbrauch zu überprüfen und ihre Infrastruktur anzupassen, um ihre Ausgaben auf ein Minimum zu beschränken. Leider, so Samuel de Vargas, wohnen Studierende oft in älteren Gebäuden, die schlecht isoliert sind und dadurch hohe Energiekosten verursachen. Die Mieten werden auch aufgrund der Erhöhung des Leitzinses durch die SNB steigen. Wie Vincent Leroux, Präsident des SVIT Romandie, in einem Artikel der Zeitung *24h* vom Mai dieses Jahres erklärte, muss die SNB während der aktuellen Inflationskrise den Leitzins erhöhen, um die Wirtschaft zu verlangsamen und Preissteigerungen zu bremsen, indem sie die Nachfrage senkt. Leider hat dieser Mechanismus negative Auswirkungen auf die Mieten. Da die Vermieter aufgrund der hohen Zinssätze gezwungen sind, grössere Summen zu zahlen, erhöhen sie die Mietpreise, um diese Kosten zu decken.

In Anbetracht dessen muss der Staat eingreifen, um einer Bevölkerungsgruppe zu helfen, die besonders unter diesen Belastungen leidet. Dazu gehört die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende, z. B. durch:

- Anpassung der Berechnung der Stipendien bzw. Anpassung an die steigende Mieten, um Studierenden die Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen;
- Den Bau neuer Unterkünfte für Studierende weiterhin zu subventionieren ;
- Den Kantonen und Gemeinden die Kompetenz zur Festlegung von Höchstmieten einräumen.

3. Weitere Punkte

Im Zusammenhang mit der steigenden Inflation und den damit einhergehenden finanziellen Schwierigkeiten der Studierenden müssen zusätzlich folgende Punkte beachtet werden:

- Finanzielle Probleme führen oft auch zu einem erhöhten mentalen Druck. Gemäss der [Studie zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden](#) des Bundesamts für Statistik aus dem Jahr 2020 haben 60% der Studierenden mehr oder weniger grosse finanzielle Schwierigkeiten. Durch die Erhöhung der Ausgaben kann es schnell zu finanziellen Engpässen kommen. Somit werden die Studierenden gezwungen, beispielsweise ihr Arbeitspensum im Nebenjob zu erhöhen. Das löst wiederum verstärkten Stress im Studium aus, da die Betroffenen zu wenig Zeit für ihre beruflichen und studentischen Pflichten haben. Dies erhöht die mentale Belastung, die nach Studie des BfS, schon vor der aktuellen Lage erschreckend hoch war: Knapp ein Viertel der Studierenden leidet an Symptomen von mittleren bis schweren Depressionen. Ausserdem stellt Stress, gemäss Studie des BfS, einer der Hauptfaktoren für Schwierigkeiten im Studium dar. Die bereits kritische psychische Verfassung der Studierenden droht, durch die zusätzliche finanzielle Belastung, um einiges an Prekarität zu gewinnen. Massnahmen zur finanziellen Unterstützung der Studierenden tragen so direkt auch zur mentalen Entlastung dieser bereits stark psychisch angeschlagenen Bevölkerungsgruppe bei.
- Die momentane Teuerung und die dadurch erhöhten Ausgaben, treffen vor allem auch marginalisierte und finanzschwache Gruppierungen, wie studentische Geflüchtete. Für Betroffene ist eine Anpassung der Stipendien und der Sozialhilfe an die aktuelle Situation entscheidend für die Fortführung ihrer Ausbildung. Für einen chancengerechten Zugang zu Hochschulbildung müssen unbedingt Massnahmen ergriffen werden, um die Bildungsmöglichkeiten für die tiefsten Einkommen nicht einzuschränken und bestehende (finanzielle) Ungleichheiten nicht noch weiter zu verstärken.
- Die Studierenden sind bereit, auch in dieser Krise ihren Beitrag zu leisten. Hochschulschliessungen und die Umstellung auf Fernunterricht aufgrund Kosten- oder Energiesparmassnahmen müssen jedoch unbedingt verhindert werden. Nach zwei Jahren Pandemie und den damit verbundenen Unsicherheiten im Studium sieht der VSS es nicht als Option aufgrund der aktuellen Lage wieder auf Fernunterricht umzustellen, bevor nicht andere mögliche Massnahmen im Bereich des öffentlichen Lebens ergriffen wurden. Die Hochschulen sind nicht zu vergleichen mit Freizeitangeboten, wie der VSS es auch schon während der Covid-19-Pandemie betont hat. Dies auch in Anbetracht der hohen mentalen Belastung der Studierenden, die mit solchen Massnahmen weiter verstärkt wird.

4. Zusammenfassung & Fazit

Erschwinglicher Wohnraum oder ein erschwinglicher Transport sind eine notwendige Voraussetzung für ein Studium. Wenn die Kosten für Unterkunft und Transport zu hoch sind, kann dies für Studierende mit geringem Einkommen erhebliche Folgen haben. Diese können sich negativ auf den Studiengang oder den Abschluss auswirken oder im schlimmsten Fall sogar die Aufnahme eines Studiums verhindern.

Allgemein möchte der VSS auf die bereits bestehenden Positionen und Forderungen hinweisen, die schon seit Jahren an die Hochschulen, Kantone und den Bund gestellt werden. Die aktuellen Krisensituationen wie Pandemie oder Krieg und damit einhergehende

Folgeproblematiken, wie die momentane Teuerung, verschärfen bereits bestehende Grundprobleme. Die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden soll durch systemische Anpassungen langfristig verbessert werden, sodass auch in Krisenzeiten der chancengerechte Zugang zu Hochschulen gewährleistet ist.

Der VSS fordert, dass die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden prioritär behandelt wird und Missstände in den verschiedenen Bereichen wie studentisches Wohnen, Stipendienwesen oder Mobilität auf systemischer Ebene angegangen werden. Der Hochschulstandort Schweiz ist die wichtigste Ressource, welche die Schweiz besitzt. In Krisenzeiten darf sie erst recht nicht geschwächt werden.